

# Soldat oder Zivi?

## Europas Außenpolitik auf dem Prüfstand



Von Teresa Renner

Inspiziert durch die aktuelle Ausgabe des bundesweiten Journals 360° zum Thema „Europa – Gemeinsam einsam?“ luden der Verein „Jugend bewegt Europa“ und 360°, das studentische Journal für Politik und Gesellschaft, am 30. Oktober 2007 in die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, um über Probleme europäischer Außenpolitik zu diskutieren. Sven Hätscher von Jugend bewegt Europa und Jana Katharina Walter von 360° moderierten die Podiumsdiskussion zum Thema „Soldat oder Zivi? Europas Außenpolitik auf dem Prüfstand“. Prof. Dr. Tanja A. Börzel, Inhaberin des Lehrstuhls für Europäische Integration an der FU Berlin, Stern-Korrespondent Hans-Martin Tillack, Co-Autor des Buches „Raumschiff Brüssel – Wie die Demokratie in Europa scheitert“, und Elisabeth Schroedter, Mitglied des Europäischen Parlaments von Bündnis 90/Die Grünen, sparten nicht mit Kritik am Status Quo.

Seit 1993 bildet die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) den zweiten Pfeiler der EU. Formal gibt es also eine europäische Außenpolitik, doch wie ist es tatsächlich um diese bestellt? Einig waren sich die drei Redner, dass es zwar viele Beispiele gibt, in denen die EU am Ziel einer kohärenten Außen- und Sicherheitspolitik gescheitert ist. Sie stimmten aber auch überein, dass es durchaus Anlass zu Hoffnung auf bessere Tage gibt.

Eine gemeinsame europäische Position hätte laut Tillack zum Beispiel die Beziehungen zu den USA im Vorfeld des Irak-Krieges erleichtert. So hätte ein Bruch zwischen der US-Regierung und „old Europe“ vermieden werden können. Der Stern-Korrespondent war sogar der Meinung, dass der Irak-Krieg durch ein entschiedenes gemeinsames Auftreten aller EU-Staaten zu verhindern gewesen wäre. Nun stehen mit der Iran-Krise und dem Nahost-Konflikt neue Herausforderungen an die Außenpolitik der EU an.

### **Das Europäische Parlament – schwache Institution oder verkannte Macht?**

Um nationale außenpolitische Alleingängen zu verhindern, fehlen der EU laut Tillack mächtige Institutionen. Das Europäische Parlament habe zu geringe Kompetenzen bzw. nutze diese nicht

# Soldat oder Zivi?

## Europas Außenpolitik auf dem Prüfstand



aus. Daher wäre eine starke Exekutive nötig. Schroedter insistierte, dass das Europäische Parlament seine Macht durchaus effektiv einsetze. Das Problem liege eher in den mangelnden Befugnissen des Außenpolitischen Ausschusses. Seit 1986 werden die Kompetenzen des europäischen Parlaments erweitert, allein in Bezug auf die Außenpolitik geschieht dies nicht. Die 27 Nationalstaaten würden ihre verteidigungspolitische Souveränität nicht abgeben wollen. Die Machtlosigkeit des Auswärtigen Ausschuss sei auch ein Grund, warum sie nach jahrelanger Tätigkeit in diese Legislaturperiode dort nicht mehr arbeitet, so Schroedter.

Tillack äußerte die Hoffnung, dass ein außenpolitischer Beauftragter, der – wie im neuen Vertrag von Lissabon 2007 vorgesehen – gleichzeitig Vizepräsident der Kommission ist, diese Probleme aus dem Weg schaffen kann. Im gleichen Atemzug kritisierte Tillack Javier Solana für dessen Appeasement-Politik während des Karikaturenstreits. Die Chance, für einen zentralen europäischen Wert, die Pressefreiheit, international einzustehen, habe Solana vertan. Prof. Börzel ergänzte, dass das EU-Parlament zwar institutionell schwach ist, aber durch seine Medienmacht doch relativ großen Einfluss hat. Dass der neue Vertrag dem Parlament einen Zugewinn an Macht bringe, bezweifelte sie jedoch.

### **Europäische Nachbarschaftspolitik – effektive Mechanismen oder business as usual?**

Ein weiteres Problem, das thematisiert wurde, war die Politik der EU-Staaten gegenüber ihren Nachbarstaaten: Romano Prodis „Ring von Freunden“ fand wenig Freunde unter den anwesenden Rednern. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) soll Ländern ohne Beitrittsperspektive durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU Anreize zur Demokratisierung ihrer Politik und Gesellschaft sowie Modernisierung ihrer Wirtschaft geben. Allerdings stellt die EU ihre eigenen Richtlinien zur internationalen Kooperation immer wieder durch Sonderregelungen infrage.

So erfüllt zum Beispiel Russland nicht die EU-Kriterien für Menschenrechte und Pressefreiheit, die für gewöhnlich Teil der wirtschaftlichen Vereinbarungen sind. Da Russland jedoch als Regionalmacht eingestuft wird und über ausreichend (ökonomische) Druckmittel gegenüber

# Soldat oder Zivi?

## Europas Außenpolitik auf dem Prüfstand



Europa verfügt, kann die EU weder einseitig die Bedingungen für eine wirtschaftliche Kooperation stellen, noch auf diese verzichten. Prof. Börzel gab zu bedenken, dass es zu dieser ambivalenten Strategie wohl auch keine Alternative gebe: Wie soll die EU Staaten beeinflussen, die sie nicht unter Druck setzen kann, aber von denen ihre Mitgliedstaaten unter Druck gesetzt werden können? Kann man Demokratie und Menschenrechte durch die Strategie des „Wandels durch Handel“ fördern?

Laut Schroedter funktionieren die Mechanismen der ENP durchaus, wie man am Beispiel des Transnistrien-Konfliktes in Moldova sehen könne. Hier habe die EU einheitlich gehandelt, allerdings wie so oft viel zu spät. Das große Problem sei aber, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der EU komplett im stillen Kämmerlein ausgehandelt werde. Die Europa-Abgeordnete kritisierte zudem, dass die EU-Menschenrechtsansprüche mit Blick auf den Energiehandel immer wieder ausgesetzt werden. Das betreffe nicht nur Russland, sondern auch zum Beispiel Konfliktregionen wie Armenien und Aserbaidschan, die aufgrund ihrer Energiereserven von der EU nicht als solche behandelt werden.

Tillack begründete diese Missstände mit der Dominanz nationaler Interessen: „Europäische Ämter verhelfen nicht zu europäischer Gesinnung, zumindest nicht, sobald das Geld nicht mehr aus der EU fließt.“ Als Beispiel nannte er Gerhard Schröders Berufung in den Aufsichtsrat des Gazprom-Unternehmens, das mit dem Bau der Ostsee-Pipeline beauftragt wurde.

### **Old Europe und die USA**

Die unterschiedlichen Beziehungen der EU-Mitgliedstaaten zu den USA stellen eine weitere Herausforderung für die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik dar. So ist die Zustimmung einiger neuer Mitgliedsländer zur Stationierung des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems auf ihrem Territorium laut Prof. Börzel ein Beispiel für die fehlende Koordination auf europäischer Ebene, die nun das Verhältnis Russlands gegenüber der EU verschlechtert hat.

# Soldat oder Zivi?

## Europas Außenpolitik auf dem Prüfstand



Die EU kann noch viel von den USA lernen, so argumentierte Tillack gegen die omnipräsente Kritik an der Außenpolitik der USA. Besonders im Umgang mit Staaten, in denen Menschenrechte nicht geachtet werden, verhielten sich die USA wesentlich eindeutiger als die EU. Prof. Börzel wandte ein, dass die USA in Bezug auf den Iran genauso ratlos seien wie die EU, aber durch ihre militärische Stärke eine andere Verhandlungsposition habe, frei nach dem Motto: „Wenn jemand einen Hammer hat, sehen alle Probleme wie Nägel aus.“ Doch nicht nur in Bezug auf die Mittel, auch die zivilisatorischen Ziele der Zivilmacht Europa unterscheiden sich von denen der USA. Im Übrigen sei die EU gerade mit ihren robusteren Einsätzen dabei, sich zur zivilen Weltmacht zu entwickeln.

Schroedter vertrat die Meinung, dass die Instrumente und Mechanismen der EU nicht flexibel genug zur Anwendung kämen. Die EU habe sich zu stark auf die ökonomischen Entwicklungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten konzentriert und zu wenig auf die Verwaltungen. So genossen politische Eliten dort ihre Ausbildung häufig in den USA, weshalb in den neuen Mitgliedstaaten eine andere Sicht auf die USA herrsche. Ein großes Problem der EU sei zudem das Einstimmigkeitsprinzip, welches ein schnelles, unbürokratisches Eingreifen seitens der EU nahezu unmöglich mache.

Diskutiert wurde auch, ob die EU eigene Streitkräfte braucht. Tillack war der Meinung, dass die EU-Institutionen ohnehin nicht fähig seien, Auslandseinsätze einer EU-Armee zu beschließen und zu kontrollieren. Zwar bestehe seit dem Kosovo-Konflikt das Bewusstsein, dass eine europäische Streitmacht unabhängig von der NATO sinnvoll sein könnte. Allerdings ist im Falle von schweren Menschenrechtsverletzungen ohnehin die NATO bzw. die UNO für militärische Interventionen zuständig, deren Wirksamkeit nur begrenzt sei.

Das Podium war sich einig, dass die zentralen Institutionen der EU, darunter das Europäische Parlament, weiter gestärkt werden müssen, um die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu festigen. So könne der Einfluss partikularer wirtschaftlicher Interessen auf die EU-Außenpolitik begrenzt werden und verhindert werden, dass einzelne Politikakteure die internationale Reputation Europas beschädigen